

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

YU-HSI NIEH

### Taiwanfrage: Achillesferse der Beziehungen zwischen Beijing und Washington

\*  
\*

\* \* \* \* \*

#### I. Die historische Entwicklung der Taiwanfrage

Am 21. Februar 1972 brach der damalige US-Präsident Richard Nixon zu seinem spektakulären Chinabesuch nach Beijing (Peking) auf, und am Ende seines Besuches, am 28. desselben Monats, wurde in Shanghai ein gemeinsames Kommuniqué zwischen beiden Seiten veröffentlicht, durch das sich die sino-amerikanische Annäherung und damit auch die Verschiebung der internationalen Machtkonstellation anbahnte. Anlässlich des 10. Jahrestages dieses historischen Ereignisses gab der chinesische Botschafter in den USA, Cai Zenmin, zu Ehren des Ex-Präsidenten Nixon ein Dinner in New York (1). Präsident Reagan und der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang haben offiziell nur Briefe miteinander gewechselt. Dabei haben die beiden Politiker nach einem Rückblick auf die positive Entwicklung des bilateralen Verhältnisses zwischen den USA und der VR China jeweils am Ende ihrer Briefe von Hindernissen auf dem Weg bzw. den zur Zeit bestehenden Meinungsverschiedenheiten gesprochen und einander aufgefordert, sie gemeinsam zu überwinden (2). In einem Kommentar der chinesischen amtlichen Presseagentur Xinhua (XNA) vom 1. März wurde sogar die Ansicht vertreten, daß die sino-amerikanischen Beziehungen zehn Jahre nach der Veröffentlichung des Shanghaier Kommuniqués wieder an einem kritischen Punkt angelangt seien, der die künftige Entwicklung der Beziehungen entweder in Richtung auf eine Verbesserung oder auf eine Verschlechterung bestimmen werde. Seit einem halben Jahr werden die Beziehungen zwischen Beijing und Washington nämlich durch die Wiederaufnahme der US-Waffenlieferungen an Taiwan schwer belastet.

rungen an Taiwan schwer belastet.

Die Taiwanfrage hatte die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Beijing und Washington bereits von 1949 bis 1979 fast 30 Jahre lang verhindert. Als die Guomindang (Kuomintang)-Regierung 1949 das chinesische Festland im Bürgerkrieg an die Kommunisten verlor, machte Washington sich schon Gedanken über eine Kehrtwendung in seiner Chinapolitik, d.h., ob es die kommunistische Regierung in Beijing anerkennen solle. In einem am 5. August des Jahres 1949 veröffentlichten Weißbuch des US-Außenministeriums hatten die Amerikaner alle Hoffnung auf die Guomindang aufgegeben. Dann kam der Koreakrieg. Die direkte bewaffnete Begegnung zwischen den Chinesen und Amerikanern auf der ostasiatischen Halbinsel veranlaßte Washington, die bereits vom chinesischen Festland nach Taiwan geflüchtete Regierung unter Marschall Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) wieder in ihre Arme zu nehmen. 1954 wurde zwischen beiden Seiten ein unbefristeter militärischer Beistandsvertrag abgeschlossen.

In den Jahren 1955-1970 fanden zunächst in Genf und dann - ab 1958 - in Warschau insgesamt 136mal Verhandlungen zwischen Beijing und Washington auf Botschafterebene über die Verbesserung ihrer bilateralen Beziehungen statt, doch kam es infolge der Taiwan-Frage zu keiner Annäherung. Während die Chinesen unerbittlich den Abzug aller US-Streitkräfte von der Insel verlangten, wollten die Amerikaner das Taiwanproblem zunächst unangetastet lassen und statt dessen lieber andere zwischen den beiden Seiten anhängige Fragen erörtern. In dem genannten Shanghaier Kommuniqué wurde ein Kompromiß geschlossen, in dem Washington versprach, die militärische Präsenz der USA in Taiwan gemäß der Entspannung der Lage in der Region sowie mit dem Ziel eines völligen Rückzuges schrittweise abzubauen. Andererseits zeigte sich Beijing bereit, noch vor dem Abzug aller US-Streitkräfte von der Insel den wissenschaftlichen und kulturellen Austausch sowie den Handel mit den USA in Gang zu setzen. 1973 wurde durch die gegenseitige Gründung von Verbindungsbüros in Beijing und Washington mit diplomatischem Status sogar ein offizielles Verhältnis begründet, während die diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Taiwan noch fortbestanden. Für den endgültigen Vollzug der diplomatischen Beziehungen

mit den USA beharrte Beijing jedoch auf den drei Vorbedingungen: Abzug sämtlicher US-Militärpersonen aus Taiwan, Aufhebung des Beistandsvertrages von 1954 und Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Taiwan durch die USA (3).

Bei der Aufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen Ende 1978 und Anfang 1979 mußte die Regierung Carter die genannten Bedingungen akzeptieren. Die amerikanische Forderung an die Chinesen, eine verbindliche Erklärung über einen Verzicht auf Gewaltanwendung gegenüber Taiwan abzugeben, wurde von Beijing jedoch mit der Begründung abgelehnt, daß die Lösung der Taiwanfrage eine innere Angelegenheit der Chinesen sei. Daher wollten sich die Amerikaner auch nicht verpflichten, die Waffenlieferungen an Taiwan einzustellen. Am 16. Dezember 1978 sagte der damalige chinesische Parteichef und Regierungschef Hua Guofeng auf einer Pressekonferenz in Beijing, daß die amerikanische Seite im Laufe der Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen darauf bestanden hätte, weiterhin zu Verteidigungszwecken in begrenztem Umfang Waffen an Taiwan zu liefern. Die chinesische Regierung war zwar nach seinen Worten damit nicht einverstanden, hat aber nicht wegen dieser Differenzen die Aufnahme der chinesisch-amerikanischen Beziehungen weiter verzögern wollen. In einer Erklärung der US-Regierung vom 15. Dezember 1979 heißt es: "Die Vereinigten Staaten haben auch weiterhin ein Interesse an einer friedlichen Lösung der Taiwanfrage und hoffen, daß die Taiwanfrage vom chinesischen Volk selbst auf friedlichem Weg gelöst wird" (4). Ferner sah das sogenannte "Taiwan-Gesetz" (Taiwan Relations Act), das drei Monate nach der Unterbrechung der Beziehungen der USA zu Taiwan vom US-Kongreß verabschiedet und am 10. April 1979 von Präsident Carter unterzeichnet wurde, vor: "Die USA werden weiterhin, soweit das nach dem Urteil des Präsidenten und des Kongresses erforderlich ist, Defensivwaffen an Taiwan liefern." Das Gesetz wurde von dem chinesischen Außenminister Huang Hua scharf kritisiert. Auch der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Deng Xiaoping warnte die USA vor neuen Waffenlieferungen an Taiwan (5). Aber die neu aufgenommenen diplomatischen Beziehungen zwischen Beijing und Washington wurden damals keineswegs ernstlich von diesen "Kinderkrankheiten" bedroht.

Bis zum Amtswechsel im Weißen Haus zwischen Carter und Reagan war die Fortsetzung der US-Waffenlieferungen an Taiwan auch für alle Seiten keine akute Frage. Angesichts der Konzessionen Beijings glaubte Washington offenbar nicht, daß es nötig sei, den Beistandsvertrag mit Taiwan unverzüglich aufzuheben. Statt dessen wurde er unter Einhaltung der in Art.10 vorgesehenen einjährigen Frist gekündigt. So bestand 1979 trotz der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Beijing und Washington und der gleichzeitigen Unterbrechung ihrer diplomatischen Beziehungen zu Taiwan juristisch noch ein Jahr lang ein Bündnisverhältnis der USA mit der Insel. Washington verpflichtete sich zwar Beijing gegenüber, im Jahr 1979 keine neuen Aufträge über Waffenverkäufe an Taiwan anzunehmen, aber die bereits zugesagten Waffenlieferungen wurden davon nicht berührt. Da Taiwan besonders in den letzten zwei Wochen des Jahres 1978, d.h. in der Zeit zwischen der Bekanntgabe und der Inkraftsetzung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Taiwan durch Carter, eine Art Hamsterbestellungen für amerikanische Waffen getätigt hatte, reichte die Menge der US-Waffenlieferungen nach den alten Vereinbarungen mit einem geschätzten Gesamtwert von rd. 650 Mio.US\$ aus, um den militärischen Bedarf Taiwans für fünf Jahre zu decken (6). Nach Angaben des US-Außenministeriums hat Taiwan 1979 im Rahmen der noch vor der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen beider Seiten unterzeichneten Verträge militärische Ausrüstungen aus den USA im Wert von nicht weniger als 800 Mio.US\$ erworben. Sogar nach Ablauf der Sperrfrist für neue Rüstungsaufträge, d.h. nach Beendigung des Beistandsvertrages von 1954, bewilligte die Regierung Carter 1980 noch die Lieferung eines Kontingents von modernen Waffen an Taiwan mit einem Kaufwert von 800 Mio.US\$ (7).

## II.

### Von der "Reagan-Euphorie" zur "Reagan-Enttäuschung" und zum "Reagan-Schock" in Taiwan

Wenn schon Nixons Chinabesuch 1972 mit dem Ergebnis des oben erwähnten Shanghaier Kommunikés ein Schock für Taiwan war, so hat der "Carter-Coup", wie man ihn wegen seiner überraschenden Bekanntmachung im Fernsehen am 15. Dezember 1978, in der die Anerkennung der VR China durch die USA und zugleich der Abbruch der diplomatischen

Beziehungen Washingtons zu Taiwan mitgeteilt wurde, bezeichnet hat, die Insel in Panik versetzt (8). Dann machte der Amtswechsel im Weißen Haus im Januar 1981 der Regierung in Taiwan wieder Hoffnung, daß sich die Beziehungen zu Washington verbessern könnten. Denn der Nachfolger von Carter, Präsident Reagan, dessen konservative und antikommunistische Einstellung bekannt war, hatte sich vor seinem Amtsantritt häufig als Freund Taiwans bezeichnet. Im Oktober 1971, als er noch Gouverneur von Kalifornien war, wurde er von Präsident Nixon als Sonderbotschafter zur Teilnahme an den Feiern zum nationalchinesischen Nationalfeiertag sowie zur Erläuterung der neuen US-Chinapolitik nach Taiwan entsandt. Auf Einladung der Industrie- und Handelskammer von Taiwan besuchte er im April 1978 die Insel abermals. Während des Wahlkampfes warf er Carter vor, daß er zugunsten einer Annäherung an Beijing seinen langjährigen treuen Verbündeten Taiwan verraten habe, und plädierte für eine Wiederherstellung der offiziellen Beziehungen der USA zu der Insel. Infolge der scharfen Kritik aus China sowie des Unverständnisses, das diese Haltung in der US-Öffentlichkeit hervorrief, machte er später die Einschränkung, daß er nur im Rahmen des bestehenden "Taiwan-Gesetzes" die Beziehungen zu Taiwan verbessern wolle.

Gleich nach den Präsidentenwahlen der USA im November 1980 sandte Präsident Jiang Jingguo (Chiang Chingkuo) an den Wahlsieger Reagan ein Glückwunschtelegramm, in dem er die Hoffnung auf eine Verbesserung der traditionellen Beziehungen zwischen beiden Seiten kundtat. Der Sprecher des Außenministeriums in Taipe (Taipei) äußerte in der Öffentlichkeit die Zuversicht, daß die praktischen Beziehungen zwischen Taiwan und den USA unter der Regierung Reagan gestärkt würden (9). Um einen ersten Anstoß zur Aufwertung seiner Beziehungen zu den USA zu geben, ernannte Taiwan kurz nach Reagans Amtsantritt Cai Weiping zum neuen Leiter der inoffiziellen taiwanesischen Vertretung in Washington. Cai war von 1968 bis 1975 Staatssekretär im Außenministerium und vor der neuen Ernennung Leiter des Koordinationsrats für nordamerikanische Angelegenheiten in Taipe, also der zuständigen Institution für die halbamtlichen Beziehungen mit den USA seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Doch Präsident Reagan sah gleich nach seiner Übernahme der politischen Verantwortung im

Weißen Haus, in welcher Zwickmühle sich die gegenwärtige Chinapolitik der USA befand. In der weltpolitischen Lage, in der die Konfrontation der USA mit der Sowjetunion von Reagan wieder besonders scharf betont wird, erscheint die sogenannte "chinesische Karte" für die Amerikaner, d.h. das Zusammenwirken zwischen Beijing und Washington, fast unverzichtbar. Eine Aufwertung der US-Beziehungen zu Taiwan würde zwangsläufig die Beziehungen der USA mit Beijing abwerten. Die oben erwähnten Reden Reagans im Wahlkampf sind bei den Chinesen auf scharfe Kritik gestoßen. Um das Mißtrauen Beijings zu zerstreuen, sandte Reagan zwei Monate nach seinem Amtsantritt, Mitte März 1981, den ehemaligen Präsidenten Gerald Ford mit einem persönlichen Brief des Präsidenten auf eine "private" Chinareise (10). Durch den offiziellen Chinabesuch seines Außenministers Haig im Juni 1981 hat Präsident Reagan die "chinesische Karte" noch höher ausgereizt. Als Ergebnis dieses Besuches kamen beide Seiten nämlich überein, neben der Vertiefung von Wirtschafts-, Handels- und Konsulatbeziehungen auch militärische Kontakte aufzunehmen. Es gab eine Sensation, als Haig seinerzeit die Bereitschaft der USA äußerte, Offensivwaffen an China zu liefern. Gleichzeitig meldete die amerikanische Presse, daß die USA in den Jahren 1979 und 1980 infolge der politischen Unruhen in Iran die ursprünglich dort stationierten beiden Horchanlagen nach der nordwestchinesischen Grenzprovinz Xinjiang verlegt hätten, um von dort aus sowjetische Raketenstarts in Zentralasien zu überwachen. Nach Haigs eigener Darstellung hat das Ergebnis seines Besuches die Erwartungen Washingtons weit übertroffen (11).

Einen "Haig-Schock" hat man der Insel Taiwan damals ersparen können, weil Präsident Reagan am Tag, als Haig seinen Besuch beendete, also am 16. Juni 1981, vor der Presse in Washington seine "unveränderte Sympathie" für Taiwan, seine Treue zum "Taiwan-Gesetz" sowie die Bereitschaft, Defensivwaffen an Taiwan zu liefern, beteuerte (12). So brauchte die Regierung in Taiwan trotz der schmerzlichen Empfindungen über das Ergebnis des Chinabesuches von Außenminister Haig die Hoffnung auf Reagan nicht aufzugeben. Anfang Juli sagte z.B. der Ministerpräsident Sun Yunxuan (Sun Yun-suan) gegenüber der amerikanischen Zeitung "International Herald Tribune": "Angesichts der antikom-

munistischen Philosophie Präsident Reagans sowie dem wichtigen Verhältnis, das wir unterhalten müssen, haben wir allen Grund, daran zu glauben, daß die Beziehungen zu den USA unter seiner Regierung noch verbessert werden" (13).

Seit dem Amtsantritt Reagans als Präsident konnten die Kontakte der halbamtlichen Vertretung Taiwans in Washington zur US-Regierung im Vergleich zur Zeit der Regierung Carter erleichtert werden. Aber der Wunsch Taiwans, die Zahl der Zweigstellen des taiwanesischen Verbindungsorgans in anderen US-Großstädten auf 14, d.h. auf die Zahl der Konsulate vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, zu erhöhen, wurde trotz wiederholter Zusagen seitens Reagan und seiner Mitarbeiter nicht erfüllt. Die Stelle des halbamtlichen US-Vertreters in Taiwan blieb seit dem Rücktritt von Charles Cross im Sommer 1981 fast ein halbes Jahr lang unbesetzt. Ursprünglich hatte Washington den damaligen US-Generalkonsul in Hongkong zum Nachfolger von Cross ernennen wollen. Dies wurde von Taiwan mit der Begründung abgelehnt, daß der diplomatische Rang eines Generalkonsuls für die Stelle nicht hoch genug sei. Statt dessen wünschte es die Ernennung einer Persönlichkeit aus dem Kreis der persönlichen vertrauten Mitarbeiter von Präsident Reagan, der kein Berufsdiplomat war. Schließlich wurde ein enger Mitarbeiter des Vizepräsidenten George Bush, James R. Lilley, nach Taipei entsandt. Bush, der 1974-1975 Leiter des US-Verbindungsbüros in Beijing war, hat eher ein besseres persönliches Verhältnis zu Beijing als zu Taipei (14).

Noch tiefer enttäuscht war Taiwan von Reagans Entscheidung über die weitere Lieferung von US-Waffen an die Insel. Nach fast einjähriger Verzögerung gab Washington erst am 11. Januar dieses Jahres ein Leitprinzip dazu bekannt. In einer Erklärung des US-Außenministeriums wurde zwar einerseits die Politik Washingtons bekräftigt, Taiwans Selbstverteidigung durch langfristige Lieferungen amerikanischer Waffen zu gewährleisten. Andererseits weigerte sich jedoch die Regierung Reagan, dem Wunsch Taiwans nach Erwerb moderner Kampfflugzeuge vom Typ F-16, FX oder F-5G nachzukommen. Dies wurde damit begründet, daß zur Zeit für die Verteidigung Taiwans kein entsprechender Bedarf bestehe. Statt dessen ist Washington nur bereit, die in der Luftwaffe Taiwans noch verwendeten alten

Kampfmaschinen durch neue vom gleichen Modell zu ersetzen und vor allem die noch bestehende Zusammenarbeit in der Herstellung von F-5E in Taiwan zu verlängern (15). Im Sommer 1980 war die Regierung Carter eigentlich schon prinzipiell bereit gewesen, die Lizenz zur Montage eines vom Pentagon geplanten neuen Flugzeugmodells FX an Taiwan zu geben (16). Offenbar in der Erwartung, die Chance des Erwerbs der technisch modernsten US-Kampfflugzeuge vom Typ F-16 bei einem Regierungswechsel in Washington nach den Präsidentenwahlen vom November 1980 zu verbessern, behandelte Taiwan zunächst das Angebot Carters nur mit geringem Eifer. Daß nun gerade die neue Regierung unter dem taiwanfreundlichen Präsidenten Reagan nicht nur die Lieferung der F-16, sondern auch die der FX an Taiwan verweigert hat, macht die große Enttäuschung auf der Insel verständlich.

Während Taiwan von Reagans Entscheidung enttäuscht war, empfand Beijing die Wiederaufnahme der US-Waffenlieferungen an die Insel als Provokation. Den USA, die in dem Shanghaier Kommuniqué Taiwan als einen Teil von China und durch die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der VR China 1979 Beijing als die einzige legitime Regierung Chinas anerkannt hatten, wurde von den Chinesen vorgeworfen, die chinesische Souveränität über Taiwan verletzt zu haben. Die Bereitschaft Washingtons, auch an Beijing Offensivwaffen zu liefern, konnte die chinesische Wut kaum mildern. Noch bevor US-Außenminister Haig bei seinem Chinabesuch im Juni des vorigen Jahres öffentlich eine weitere Lockerung des US-Waffenembargos gegenüber Beijing ankündigte, hatte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums bereits nachdrücklich erklärt, daß China lieber auf US-Waffen verzichte, als die US-Waffenlieferungen an Taiwan zu dulden (17). In den Gesprächen zwischen Haig und der chinesischen Führung, in denen die Diskussion über die globale Strategie die Hauptrolle spielte, wurde die Taiwanfrage nur am Rande behandelt. Während allerdings beide Seiten in der Beurteilung der Weltlage, zumal in der Haltung gegenüber der Sowjetunion, übereinstimmten, stießen sie gerade in der "Nebenfrage" auf fast unüberwindliche Meinungsverschiedenheiten. Die Amerikaner hoffen oder glauben daran, daß sie durch ihre Rückendeckung für die Chinesen in der sino-sowjetischen Konfrontation mehr Verständnis von Beijing für die US-

Waffenlieferungen an Taiwan erwarten können. Dagegen nahmen die Chinesen an, daß sie mit ihrer Flankendeckung für die USA in der Konfrontation der beiden Supermächte Washington zu der Konzession bewegen könnten, die amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan zu stoppen. Gleich nach Haigs Besuch in Beijing wurde die gerade herbeigeführte Hochstimmung in den Beziehungen beider Seiten wieder durch die Taiwanfrage getrübt. Anlässlich der oben bereits erwähnten Erklärung Reagans vom 16. Juni 1981, in der von einer US-Politik über Waffenlieferungen sowohl an Beijing als auch an Taiwan die Rede war, nahm die chinesische Presse ihre Vorwürfe gegen die Amerikaner wieder auf. In der Form eines Korrespondentenkommentars warnte die amtliche Nachrichtenagentur Chinas, "Xinhua" (XNA), am 18. Juni 1981: "Vor und gleich nach dem Besuch des US-Außenministers Haig in China haben die Amerikaner innerhalb und außerhalb der Regierung für die Aufrechterhaltung des 'Taiwan-Gesetzes' und die Fortführung der Waffenlieferungen an die Insel plädiert. Dies muß notwendigerweise einen Schatten auf die Entwicklung der sino-amerikanischen Beziehungen werfen". Die Annahme der USA, daß die chinesische Regierung im Hinblick auf die Gesamtstrategie und die Notwendigkeit einer amerikanischen Unterstützung im Kampf gegen den sowjetischen Hegemonismus die "bittere Pille" von US-Waffenlieferungen an Taiwan schlucken werde, wurde in demselben Kommentar als Umdrehung der Logik, Fehlkalkulation und Unkenntnis der Geschichte bezeichnet. Als Beispiel wies der Kommentator darauf hin, daß China in den 60er Jahren unter äußerst schwierigen Umständen gegen die Unterdrückung und Schikanen seitens der sowjetischen Hegemonisten einen entschlossenen Kampf geführt habe, um die Prinzipien der Unabhängigkeit, Souveränität und Gleichheit zu verteidigen, ohne dabei die Konsequenzen eines Bruches mit der Sowjetunion zu scheuen (18).

Am 21. Oktober 1981 trafen US-Präsident Reagan und der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang am Rande der Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancun/Mexico zusammen. Die Frage über eine Wiederaufnahme der US-Waffenlieferungen an Taiwan war der Kernpunkt der Unterredung. In diesem Zusammenhang erläuterte der chinesische Regierungschef das aus neun Punkten bestehende Friedensangebot des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses der

VR China, Marschall Ye Jianying, das dieser kurz zuvor, am 30. September 1981, an Taiwan gerichtet hatte. Da sich auch die Amerikaner in dem Shanghaier Kommuniqué für eine friedliche Lösung der Taiwan-Frage ausgesprochen hatten, zeigte Reagan Verständnis für die chinesischen Sorgen um die US-Waffenlieferungen an Taiwan (19). Obwohl sich in dem kurzen Gespräch die Standpunkte der beiden Seiten einander nicht angenähert haben, ist es den Chinesen doch mindestens gelungen, die Frage der US-Waffenlieferungen an Taiwan auf den Verhandlungstisch zu bringen. In dem anschließenden Gespräch, das US-Außenminister Haig am 30. und 31. November in Washington mit seinem chinesischen Amtskollegen Huang Hua führte, regte dieser als Kompromiß an, eine letzte Frist für die US-Waffenlieferungen an Taiwan zu setzen (20).

Die Amerikaner wollten zwar bislang keine derartige zeitliche Begrenzung akzeptieren, versuchten aber in der Praxis, den Chinesen mit einer qualitativen wie quantitativen Einschränkung ihrer Waffenlieferungen an Taiwan entgegenzukommen. Außerdem wurde die Entscheidung Washingtons über die Waffenlieferungen an Taiwan schrittweise und teilweise bekanntgegeben, um die Reaktionen Beijings langsam zu testen und es nicht zu stark zu reizen.

Am 11. Dezember 1981 legte die Regierung Reagan dem US-Kongreß inoffiziell ein Programm über eine Lieferung von Waffenersatzteilen an Taiwan vor. Erst drei Wochen später, am 29. Dezember, gab der Sprecher des US-Außenministeriums, Dean Fischer, der Öffentlichkeit dies bekannt, wollte aber den Wert der zu verkaufenden Teile nicht verraten. Nachdem die Chinesen außer formellen Protesten keine konkreten Maßnahmen dagegen unternommen hatten, folgte die oben bereits erwähnte Erklärung des US-Außenministeriums vom 11. Januar dieses Jahres über die Bereitschaft Washingtons, neue Kampfflugzeuge älterer Bauart an Taiwan zu verkaufen. Nun sind die Chinesen besonders dadurch verärgert, daß die US-Regierung diesen neuen Beschluß gerade an dem Tage bekanntmachte, als der stellvertretende US-Außenminister John Holdrige zu Verhandlungen über die US-Waffenlieferungen an Taiwan in Beijing ankam, während noch nicht einmal die Frage der zunächst von der US-Regierung angekündigten Lieferung von Waffenersatzteilen an Taiwan durch Verhandlungen geklärt war. In

einem Kommentar bezeichnete der XNA-Korrespondent Mei Ping dies als "unerträgliche Schikane" der USA gegenüber China (21).

Außer durch Reagans Entscheidung für neue Waffenlieferungen an Taiwan fühlte sich die chinesische Regierung in Beijing auch dadurch provoziert, daß Washington bei einer Novellierung des US-Einwanderungsgesetzes im Dezember des vorigen Jahres Taiwan nicht mehr als Teil Chinas, sondern als "eigenen ausländischen Staat" behandelte. Ursprünglich hatten die USA dem chinesischen Festland und Taiwan zusammen eine jährliche Einwanderungsquote von 20.000 zur Verfügung gestellt. Nach der neuen Regelung will die US-Regierung sowohl vom Festland, einschließlich Hongkongs, als auch von der Insel Taiwan 20.000 chinesische Immigranten aufnehmen. In einer Protestnote des chinesischen Außenministeriums vom 26. März dieses Jahres an die US-Botschaft in Beijing wurde dies als weiterer Schritt der Amerikaner bezeichnet, "zwei Chinas" als gegeben anzusehen (22).

Ende März und Anfang April dieses Jahres erreichte die Krise der Beziehungen zwischen Beijing und Washington einen Höhepunkt. In einem Artikel der am 24. März erschienenen chinesischen Zeitschrift "Liaowang" (Ausblick) wurde ein Zitat des stellvertretenden Parteichefs Deng Xiaoping wiedergegeben, in dem er die Möglichkeit einer Herabstufung der diplomatischen Beziehungen zu den USA im Fall einer Fortsetzung des US-Waffenverkaufs an Taiwan andeutete. Er soll erklärt haben, daß Beijing die Art und Weise, wie die Amerikaner die Taiwanfrage behandelten, nicht akzeptiere und in dieser Frage auch keinen Spielraum mehr für eine flexible Haltung habe. Wörtlich sagte er: "Schlimmstenfalls würden die Beziehungen einen Rückschritt erleiden. Was kann das noch heißen? Ich nehme an, daß das chinesische Volk weiterleben könnte" (23). In einem Kommentar der dem chinesischen Außenministerium nahestehenden Vierteljahreszeitschrift "Guoji-wenti Yanjiu" (Forschungen über internationale Probleme) mit dem Titel "Die Komplikation der chinesisch-amerikanischen Beziehungen", der von den parteiamtlichen Organen "Volkszeitung" (RMRB) und der Xinhua-Nachrichtenagentur am 6. April wiedergegeben wurde, wurde darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Seiten an einem Kreuzweg angelangt sei. China bemühe sich einerseits um eine

gute Entwicklung, sei aber andererseits auch auf schlimme Folgen vorbereitet.

Nach einem Nervenkrieg von mehreren Monaten gelang es beiden Seiten Mitte April dieses Jahres am Verhandlungstisch, eine Atempause herbeizuführen. Am 13. April legte die Regierung Reagan dem amerikanischen Kongreß offiziell den Plan für die Lieferung von Waffenersatzteilen an Taiwan vor. Der Wert des Kontingents wurde mit 60 Mio. US\$ angegeben. Zwar überreichte das chinesische Außenministerium am folgenden Tag der US-Botschaft in Beijing eine Protestnote gegen diesen Plan, doch wurden wieder keine konkreten Gegenmaßnahmen angekündigt. Nach einer veröffentlichten Erklärung des Ministeriums habe die amerikanische Seite während der Verhandlungen wiederholt erläutert, daß die vorgesehenen militärischen Lieferungen an Taiwan schon vor den sino-amerikanischen Treffen auf hoher Ebene in Cancun und Washington von der US-Regierung zugesagt worden seien. Überdies handele es sich dabei nur um Ersatzteile und keine neuen Waffen. Ferner habe die US-Regierung versichert, daß sie keine militärischen Transfers an Taiwan erwägen werde, solange die bilateralen Gespräche zwischen China und den USA im Gang seien. Die US-Regierung wurde lediglich gewarnt, daß sie alle Folgen tragen müsse, falls sie weiterhin die Souveränität Chinas mißachte und die genannten Zusicherungen nicht einhalte (24).

Eine Zwischenlösung wurde also erreicht: Die Amerikaner schoben die am 11. Januar angekündigte Lieferung von neuen Kampfflugzeugen an Taiwan auf, und die Chinesen vom Festland drückten zu der endgültigen Entscheidung Washingtons über den Verkauf von militärischen Ersatzteilen an die Chinesen auf der Insel noch einmal ein Auge zu.

Um die hochgehenden Wellen zu besänftigen, unternahm US-Vizepräsident George Bush, der im August 1980 bereits als Kandidat der Republikaner für das Amt des Vizepräsidenten nach China gereist war, um die Verstimmung zwischen Beijing und Reagan zu beseitigen, die durch Reagans protaiwanische Reden im Wahlkampf aufgekommen war, vom 5. bis 9. Mai dieses Jahres einen erneuten Besuch in China, den beide Seiten kurzfristig anberaumt hatten, während sich Bush gerade auf einer großen Reise in mehrere asiatische und pazifische Länder befand. Am Ende seines Besuches

gab er drei Briefe von Reagan an die chinesische Führung bekannt. Noch bevor die US-Regierung dem Kongreß den Plan der Lieferungen von Waffenersatzteilen an Taiwan vorgelegt hatte, hatte der Präsident am 5. April dieses Jahres zwei Briefe an den stellvertretenden Parteivorsitzenden Deng Xiaoping bzw. an den Ministerpräsidenten Zhao Ziyang geschrieben. Ein weiterer Brief an den Parteivorsitzenden Hu Yaobang wurde von Bush persönlich nach Beijing mitgebracht. In den ersten beiden Briefen begrüßte Reagan die von Ye Jianying an Taiwan gerichteten Neun-Punkte-Friedensvorschläge und schrieb, er rechne damit, daß im Zusammenhang mit Fortschritten bei der friedlichen Lösung der Taiwanfrage das Bedürfnis Taiwans nach Waffen ganz natürlich abnehmen werde. Er wies in dem Brief an Deng darauf hin, daß er der neuen Entwicklung (d.h. der Friedensouvertüre Beijings) bei seiner Anweisung vom 11. Januar dieses Jahres über neue Waffenlieferungen an Taiwan Rechnung getragen habe - gemeint ist hier die Ablehnung der Lieferung von technisch neuesten Kampfflugzeugen an Taiwan. Sowohl in Reagans Briefen als auch in Bushs Rede bei seiner Begegnung mit Zhao Ziyang auf dem Bankettessen vom 7. Mai wurde die Anerkennung des chinesischen Standpunkts über die Einheit Chinas und die Tatsache, daß Taiwan einen Teil von China bilde, durch die USA wiederholt. "Es gibt nur ein China. Wir werden nicht erlauben, daß die inoffiziellen Beziehungen zwischen dem amerikanischen Volk und dem Volk von Taiwan unsere Verpflichtung zu diesem Prinzip schwächen," schrieb Reagan an Deng. Bush bekräftigte ebenfalls, daß die Souveränität und territoriale Integrität Chinas respektiert werden müsse (25).

Da weder in Reagans Briefen noch in Bushs Rede die Probleme des US-Taiwangesetzes oder einer Einstellung der US-Waffenlieferungen an Taiwan angeschnitten wurden, bedeutete die rhetorische Erklärung bzw. die Wiederholung großer Prinzipien nicht viel mehr als eine Seelenmassage für Beijing. Weil aber Präsident Reagan persönlich zum ersten Mal Beijings Friedensoffensive gegenüber Taiwan positiv bewertet und dazu von einer weiteren Reduzierung der US-Waffenlieferungen an Taiwan gesprochen hatte, versetzten die genannten drei Briefe sowie Bushs jüngster Chinabesuch der Regierung in Taibei einen neuen politischen Schock. Am 11. Mai drückte der Regierungssprecher in Taibei die "ernste Sorge" sei-

ner Regierung aus. Er wies darauf hin, daß die genannten Briefe von Reagan und Bushs Rede die Interessen Taiwans vernachlässigt hätten (26). Durch die halbamtliche Vertretung Taiwans in den USA wurde heftiger Protest bei der US-Regierung eingelegt. Am 15. Mai berief Präsident Jiang Jingguo eine außerordentliche Versammlung aller zuständigen Führer der Regierung, der Regierungspartei und der Streitkräfte, die man mit einem Krisenstab vergleichen könnte, ein. Nachdem er den Report über die Lage gehört hatte, gab er mit den folgenden drei Punkten seine Anweisungen: 1. Festigung des Selbstvertrauens und der Loyalität in der Zeit der Staatskrise, um so aus den Schwierigkeiten eine eigene helle Zukunft zu erschließen; 2. Stärkung der inneren Solidarität und Ablehnung einer Versöhnung mit dem kommunistischen Feind; 3. Verbleib auf der Seite des demokratischen Lagers und Bemühung um eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA (27). Die Nervosität in der Taibeier Regierung spiegelte sich noch deutlicher in einer Rede Jangs vom 2. Juni vor dem Ständigen Ausschuß des ZK der Guomindang wider, in dem er wieder die Dissidenten vor Kritik an der Regierung warnte (28). In einer ähnlichen Situation nach dem "Carter-Coup" im Dezember 1979 hatte die Regierung die Kontrollen kraft des Notstandsgesetzes verschärft, und fast sämtliche bekannten Regierungskritiker wurden ins Gefängnis geworfen (29).

Um nun wiederum Taibei zu beruhigen, sandte Präsident Reagan seinen konservativen Parteigenossen, Senator Barry Goldwater, vom 29. Mai bis zum 4. Juni auf eine "inoffizielle" Mission nach Taiwan. Offiziell wurde Goldwater, der als Taiwan-Lobbyist bekannt ist, von der Amerikanischen Handelskammer in Taiwan eingeladen, doch hat ihn Präsident Reagan sowohl vor als auch nach der Taiwan-Reise empfangen. Dazu händigte der Senator einen "privaten Brief" von Reagan an Präsident Jiang Jingguo aus, dessen Inhalt allerdings vor der Öffentlichkeit geheimgehalten wurde. Wie er bei seiner Ankunft in Taibei vor der Presse erklärte, sei das Hauptziel seiner Reise, die Sorgen Taiwans infolge des neuesten Besuchs von George Bush in Beijing und der drei Briefe, die Reagan an die Führung im kommunistischen China gerichtet hatte, zu beseitigen. Vor seiner Abreise beteuerte er nochmals, daß Präsident Reagan dem Taiwangesetz der USA treu

bleibe und die Zusage über Waffenlieferungen an Taiwan einschließlich der Flugzeuge vom Typ F-5E einhalten werde (30).

Zur gleichen Zeit, als sich Goldwater in Taiwan aufhielt, machte der Fraktionsführer der Republikaner im US-Senat, Howard Baker, auf Einladung des Nationalen Volkskongresses der VR China einen offiziellen Besuch in Beijing. Auch er hatte von Präsident Reagan den Auftrag, die Beziehungen zwischen Washington und Beijing langfristig zu befestigen. Bei Bakers Gespräch mit dem starken Mann Chinas, dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Deng Xiaoping, forderte dieser die USA auf, zur Beilegung des Streits zwischen China und den USA das amerikanische Taiwangesetz zu ändern. Um die Taiwanfrage zu lösen, lud Deng durch Baker Präsident Reagan und Senator Goldwater ein, China zu besuchen (31).

Angesichts der parallelen Besuche von Goldwater in Taibei und Baker in Beijing sowie des verstärkten Drängens auf eine Revision des amerikanischen Taiwangesetzes seitens Deng und seiner Einladung an Reagan und Goldwater entstanden in der Gerüchteküche eine Reihe von Gerüchten über eine erneute Wendung der US-Beziehungen zu Taiwan. Es war die Rede davon, daß die halbamtliche US-Vertretung in Taiwan, AIT (American Institute in Taiwan), am 1. Juli geschlossen werden solle (32). In ihrer Ausgabe vom 14. Juni berichtete die amerikanische Zeitschrift "Newsweek" unter Berufung auf gut informierte Quellen, daß Washington schon in Kürze Beijing eine allmähliche Einstellung seiner Waffenverkäufe in Aussicht stellen wolle, um den festgefahrenen Verhandlungen beider Seiten über dieses Problem zu einem Durchbruch zu verhelfen (33). Besonders alarmiert ist die Insel durch die Meldung, daß Beijing und Washington zur Zeit zur grundsätzlichen Lösung der Taiwanfrage über ein sogenanntes "zweites Shanghai-Kommuniqué" verhandelten (34). Trotz der wiederholten Dementis und Zusicherungen der Verpflichtung gegenüber Taiwan gemäß dem US-Taiwangesetz muß Taiwan ständig um das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Beijing und Washington bangen. Denn für jeden Kompromiß zwischen den beiden Seiten in der Taiwanfrage hat, wie sich bislang gezeigt hat, Taiwan schließlich die Zeche zu bezahlen.

### III. Neue Reizung der Achillesferse und neuer Kompromiß

Auf dem 11. Seminar über das chinesische Festland zwischen taiwanesischen und amerikanischen Experten in Taibei hat der nationalchinesische Ministerpräsident Sun Yunxuan (Sun Yun-suan) in seiner Rede vom 10. Juni überraschend auch von einer friedlichen Vereinigung Chinas gesprochen. Er bekräftigte, daß eine friedliche Wiedervereinigung Chinas der gemeinsame Wunsch des chinesischen Volkes sei. Die Wiedervereinigung solle, so Sun, auf dem freien Willen der chinesischen Bevölkerung beruhen. "Wenn sich der politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Abstand zwischen dem chinesischen Festland und dem freien China (Taiwan, der Verfasser) ständig verringert, können die Bedingungen für eine friedliche Wiedervereinigung allmählich reif werden. Die Hindernisse für eine Wiedervereinigung werden bis dahin auf natürliche Weise abnehmen", meinte er (35). Wenn er auch die Friedensouverture Beijings weiter als "Trick vor der Welt" zum Zwecke der Isolierung oder der Annexion Taiwans bezeichnete, und wenn er auch von den Kommunisten nach wie vor einen Verzicht auf ihr "Festhalten an den vier Prinzipien" (nämlich Festhalten am sozialistischen Weg, an der demokratischen Diktatur des Volkes, an der Führung der Kommunistischen Partei, am Marxismus-Leninismus und an den Maozedong-ideen), "Rückkehr" zu Sun Yatsens "drei Grundlehren vom Volk" (Nationalismus, Demokratie und sozialer Wohlstand) und zur "Identifizierung" mit den Lehren des Gründers der Guomindang und Vaters der Republik China verlangte, ließ sich in seiner Rede doch der Eindruck einer gewissen neuen Sachlichkeit und Flexibilität in der Haltung Taibeis gegenüber Beijing erkennen. Davon hatte Taiwan stets vom Sturz des "Regimes der kommunistischen Banditen" und von der "Rückeroberung des Festlands" gesprochen.

Taktisch zielte Suns Rede darauf ab, Beijing in der Propaganda den Wind aus den Segeln zu nehmen. Denn Taibeis grobe Ablehnung der Friedensofferte aus Beijing war nicht nur im Ausland, sondern auch auf der Insel selbst immer mehr auf Unverständnis oder Abneigung gestoßen. Sie diente ferner der Argumentation Beijings gegenüber Washington, daß die US-Waffenlieferungen an Taiwan dessen Standpunkt noch verhärten würden und Friedens-

verhandlungen von vornherein abzulehnen. Gegen dieses Argument verwies Sun auf Aussprüche, die zwei US-Präsidenten früher einmal getan hatten: Am 20. Januar 1961, so zitierte er, habe Präsident John F. Kennedy gesagt, die USA hätten nie Angst zu verhandeln, würden aber niemals unter dem Druck von Angst verhandeln. Präsident Reagan, sagte Sun weiter, habe in seinem Bericht über die Lage der Nation 1982 gesagt, Amerika wolle nur von einer Position der Stärke aus verhandeln. "Die weisen Ansichten der beiden amerikanischen Präsidenten drücken deutlich den Standpunkt und die Haltung aus, die eine verantwortliche Regierung einnehmen soll." Darauf appellierte er an die US-Regierung, nicht weiter unter dem diplomatischen Druck der chinesischen Kommunisten die Waffenlieferungen an Taiwan zu reduzieren.

Die Rede Suns wurde in der taiwanesischen Presse zunächst als Anzeichen für einen zumindest taktischen Wandel in der grundsätzlichen Haltung Taiwans gegenüber Beijing bewertet. Nicht nur unter den amerikanischen Chinaexperten, die an dem genannten Seminar teilnahmen, sondern auch bei der US-Regierung fand die Rede ein positives Echo (36). Allerdings hatte das Tauwetter, das sowieso noch kein Klima macht, nur eine kurze Dauer und hielt nur gut drei Wochen vor. Am 1. Juli sprach der Ministerpräsident auf einer Kabinettsitzung wieder mit schrillen Tönen von der alten These, daß es überhaupt keine "Taiwanfrage", sondern nur eine "Chinafrage" gebe, und für eine Lösung der "Chinafrage" liege kein anderer Weg vor als der, die "kommunistische Tyrannie" auf dem chinesischen Festland zu stürzen. Im großen Widerspruch zu seiner oben zitierten Rede vom 10. Juni erklärte er vor den Kabinettsmitgliedern, daß die Regierung der Republik China (Taiwan, also) niemals ihren Standpunkt ändern werde, Verhandlungen mit dem kommunistischen Regime abzulehnen (37). Auch der nationalchinesische Außenminister Zhu Fusong bekräftigte am 23. Juli vor dem "Seminar für den Aufbau des Staates", an dem überwiegend im Ausland weilende chinesische Akademiker teilnahmen, daß Taibei niemals mit den chinesischen Kommunisten über Frieden verhandele und auch niemals seine grundsätzliche, antikommunistische Politik verändern werde (38).

Die plötzliche Unterbrechung des Tauwetters in der Politik Taiwans gegenüber Beijing ist offensicht-

lich in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Taibeier Regierung durch den kürzlichen Amtswechsel im US-Außenministerium ermutigt wurde. Zwischen dem zurückgetretenen Außenminister Haig und Reagans Stabmitgliedern im Weißen Haus gab es, wie bekannt, Auseinandersetzungen über den Kurs der amerikanischen Außenpolitik. Eine der Unstimmigkeiten bezog sich auf die Taiwanfrage. Während Haig und die meisten für China zuständigen Mitarbeiter im State Department die Beziehungen der USA zur Volksrepublik China infolge der strategischen Bedeutung für wichtig hielt, möchten die Taiwanfreunde im Weißen Haus aus ideologischen Gründen ihre moralische Pflicht der Insel gegenüber tun oder zumindest dieser keine weitere Demütigung mehr bereiten. Die in letzter Zeit gemachten Konzessionen, aufgrund deren die Waffenlieferungen an Taiwan qualitativ und quantitativ eingeschränkt werden sollten, wurden allgemein Haigs Konto zugeschrieben. Mit der Ernennung von George P. Shultz zum neuen US-Außenminister Ende Juni dieses Jahres rechnete man mit einer Verlagerung der außenpolitischen Entscheidungsbefugnisse ins Weiße Haus. Dazu gilt Shultz auch als Taiwanfreund. Als Präsident der US-Firma Bechtel Group Inc., die in engen Geschäftsbeziehungen mit Taiwan steht, hat er in der Vergangenheit die Insel häufig besucht. Noch kurz vor seiner Ernennung war er auf einem Bankett in Taibei zu Gast beim Ministerpräsidenten Sun (39). Bei dem Hearing des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten rühmte er am 14. Juli Taiwans Wirtschaftserfolge (40).

Darüber hinaus verdichtete sich die Annahme, daß Präsident Reagan einen von Haig kurz vor dessen Rücktritt vorgelegten Entwurf eines neuen sino-amerikanischen Kommuniqué nicht akzeptiert habe. Haig neige dem Vernehmen nach einem Entgegenkommen gegenüber Beijing zu, um die Beziehungen der USA zu Beijing vor einer Herabstufung zu bewahren und daher die US-Waffenlieferungen an Taiwan innerhalb eines bestimmten Zeitraums allmählich einzustellen. Als Alternative stehe in dem angeblichen Papier Haigs ein zweites Modell mit der vagen Zusage, daß die Waffenlieferungen der USA an Taiwan "nicht zeitlich unbegrenzt" seien oder "letzten Endes eingestellt" würden. Dies könne, so habe Haig befürchtet, von Beijing wahrscheinlich nicht akzeptiert werden, und damit werde auch eine Krise in den sino-amerikanischen Beziehungen

nicht ausgeschlossen. Die Chinesen würden, so habe Haig ferner in dem angeblichen Papier gewarnt, ganz sicher ihre diplomatischen Beziehungen herabstufen, falls Washington den dritten Weg gehe, ohne Rücksicht auf Beijing die Waffenlieferungen an Taiwan fortzusetzen (41).

Parallel zu dem Amtswechsel im State Department verstärkten die pro-taiwanesisch konservativen Kräfte innerhalb und außerhalb des amerikanischen Parlaments ihren Druck auf Präsident Reagan. Am 29. Juni übergaben rund 40 US-Senatoren Präsident Reagan einen Brief, in dem eine Beschleunigung der Entscheidung über den Verkauf neuer Kampfflugzeuge vom Typ F-5E an Taiwan gefordert wird (42). In einer Presseerklärung drohten die Vertreter von 24 konservativen Organisationen in den USA am 8. Juli dem Präsidenten damit, ihm ihre Unterstützung in den kommenden Teilwahlen zum Kongreß zu entziehen, falls das Weiße Haus die Waffenlieferungen an Taiwan zeitlich, wenn auch in unbestimmten Ausdrücken, einschränke. Sie erinnerten ihn an sein Versprechen gegenüber Taiwan während des Wahlkampfes 1980 sowie seine Verpflichtung auf das US-Taiwan-gesetz (43). Auf der Pressekonferenz im Weißen Haus antwortete Reagan am 28. Juli auf die Frage eines Journalisten zu dem Plan für die Waffenlieferung an Taiwan: "Wir werden unseren langjährigen Verbündeten in Taiwan nicht im Stich lassen. Ich werde die Bestimmungen des Gesetzes über die Beziehungen zu Taiwan erfüllen" (44). Am 30. Juli bekräftigte er bei einem privaten Gespräch mit 24 republikanischen Abgeordneten beider Häuser nochmals sein Versprechen gegenüber Taiwan und seine Treue zum Taiwangesetz (45).

Der rechte Aufwind in Washington belebte die Attacken gegen die USA in der chinesischen Presse. Am 18. Juli warf die chinesische Volkszeitung in einem Kommentar dem neuen US-Außenminister Shultz in scharfem Ton vor, beim oben erwähnten Hearing des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten vom 13. und 14. Juli die provozierenden Fragen von Senator Goldwater dahingehend beantwortet zu haben, daß die USA niemals die politische Souveränität und den Rechtsanspruch der VR China auf Taiwan anerkannt hätten und daß Washington gemäß dem US-Taiwangesetz die Waffenlieferungen an Taiwan allein nach dem Bedarf der Insel entscheide und Beijings Forderungen nicht zu berücksichtigen

brauche (46). Noch kurz davor hatte dieselbe Zeitung am 12. Juli die protaiwanesisch konservativen Organisationen in den USA davor gewarnt, das Rad der Geschichte zurückzudrehen (47). Die Nachrichtenagentur Xinhua hatte in einem Kommentar vom 9. Juli die oben genannte gegen Beijing gerichtete Presseerklärung der Vertreter der amerikanischen Konservativen als einen Rückgriff auf die "Kanonenboot"-Politik bezeichnet. "Sie können niemals als repräsentativ für die Mehrheit des amerikanischen Volkes gelten. Aber ihr gefährlicher Vorschlag kann möglicherweise dem amerikanischen Volk großen Schaden zufügen", sagte der Kommentator (48). In einem von der Volkszeitung am 31. Juli veröffentlichten Artikel unter dem Titel "Die Widersprüche in der Außenpolitik der Regierung Reagan" wies der Autor Zhang Yebai, Mitglied des Institut für Amerika an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, u.a. darauf hin, daß die zweigleisige Chinapolitik Washingtons mit der Entwicklung guter Beziehungen zu Beijing auf der einen Seite und der Unterstützung des "alten Verbündeten" in Taiwan auf der anderen die sino-amerikanischen Beziehungen in die Gefahr einer Rückwärtsbewegung gebracht habe und schwerwiegende Folgen haben würde (49). Am 3. August sagte der chinesische Außenminister gegenüber dem AFP, daß zwischen der VR China und den USA noch keine Lösung für die Taiwanfrage gefunden sei. "Die Krise ist noch nicht vorbei", meinte er (50).

Auch die Sowjetunion versuchte, die Achillesferse der sino-amerikanischen Beziehungen zu reizen. Als der Streit zwischen Beijing und Washington über die amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan auf ihrem Höhepunkt gelangt war, appellierte der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew am 24. März dieses Jahres in Taschkent unweit der sino-sowjetischen Grenze an Beijing, die Beziehungen zwischen beiden Seiten zu verbessern. Im Hinblick auf die Taiwanfrage sagte er: "Wir haben nie in irgendeiner Form den Zwei-China-Gedanken unterstützt und unterstützen ihn jetzt auch nicht. Statt dessen haben wir (Chinas) Souveränität über Taiwan voll anerkannt und bleiben bei der Anerkennung" (51). Kurz vor und nach der jüngsten Chinareise des US-Vizepräsidenten George Bush im letzten Mai, mit der, wie oben bereits dargestellt, die sino-amerikanischen Beziehungen vor der Krise bewahrt werden sollten, versuchten die sowjetischen Medien noch-

mals, Salz in die Wunden zu streuen. Am 5. Mai kommentierte "Iswestija" Bushs Mission: "Washington spielt weiterhin 'die taiwanesisch Karte' in seinen Beziehungen zu Beijing, mißachtet die nationalen Interessen Chinas, untergräbt das politische Prestige der Führung und versucht, ihr die Rolle des Juniorpartners im amerikanisch-chinesischen Dialog aufzuzwingen" (52). Das Wochenblatt "Nowoje Wremja" erinnerte in einem Artikel der Ausgabe vom 21. Mai unter dem Titel "USA-Standpunkt in der Taiwanfrage ist eine Fortsetzung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der VR China" die Chinesen, "daß die Befreiung von Taiwan seit den ersten Tagen des Sieges der Volksrevolution in China zur wichtigsten Aufgabe der KP Chinas und des chinesischen Volkes erhoben wurde... Später jedoch wurde nach dem Willen Mao Zedongs und der ihm nachfolgenden Steuermänner die Taiwanfrage oft Gegenstand politischer Intrigen, was der USA-Imperialismus nicht schlecht für seine Interessen genutzt hat. Washington betrachtet immer Taiwan, unabhängig davon, wer Herr im Weißen Haus war, 'als Pistole, die auf die Brust Chinas zielt' und als ein wirksames Druckmittel gegen China" (53).

Seit die sino-amerikanischen Beziehungen gespannt sind, haben sich tatsächlich gewisse kleine schrittweise Verbesserungen in den sino-sowjetischen Beziehungen erkennen lassen, wie z.B. die Reaktivierung des Kulturaustausches und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten (54). Aber von der chinesischen Seite aus gesehen hat die "sowjetische Karte" nur eine taktische Bedeutung für die Verhandlungen mit den Amerikanern. Denn zur Lösung der Taiwanfrage kann der Kreml den Chinesen außer großen Worten nichts anbieten. Schon bei der Krise in der Taiwan-Straße vom Herbst 1958 hatten sich die Russen von ihrem damaligen chinesischen Bruder und Verbündeten distanziert und Beijing damit zur Beendigung des Beschusses von Jinmen (Quemoy) und zur Wiederaufnahme der während der Krise unterbrochenen Botschaftergespräche mit den Amerikanern in Warschau gezwungen (55). Diesmal kann die verbale Unterstützung aus Moskau für Beijing nicht anders wirken als in einer Weise, die die Sowjets eigentlich verhindern wollten, nämlich zu einer neuen Versöhnung zwischen Beijing und Washington beizutragen. Es muß den Chinesen klar sein, daß eine Verschlechterung ihrer Beziehungen

zu den USA die Taiwanfrage nur noch verschärfen würde. Darüber hinaus könnte der jetzige Gesamtkurs unter Deng Xiaoping mit den Vier Modernisierungen (Industrie, Landwirtschaft, Verteidigung, Wissenschaft und Technologie), die ohne die Zusammenarbeit mit dem Westen, vor allem mit den USA, schwer zu realisieren sind, erschüttert werden.

Für die USA wäre ein Verlust der "chinesischen Karte" in der Weltpolitik wohl auch nicht nur so, als ob man im Schachspiel einen Bauern opfern würde, zumal ihre Beziehungen zu Lateinamerika, zu Westeuropa und zur arabischen Welt zur Zeit auch getrübt sind, weil sie im Falkland-Konflikt für Großbritannien und gegen Argentinien Partei genommen hatten und sich durch ihr Embargo gegen die Lieferung von Erdgasröhren an die Sowjetunion sowie ihre Duldung des israelischen Einmarsches im Libanon unbeliebt gemacht hatten. In seinen oben genannten Briefen an die chinesische Führung betonte Reagan, daß angesichts der "schweren Herausforderung von seiten der Sowjetunion" eine Verstärkung der "strategischen und bilateralen" Zusammenarbeit zwischen China und den Vereinigten Staaten "lebenswichtig" sei (56). So haben beide Seiten großes Interesse daran, ihre Beziehungen nicht zu stark unter der Achillesferse leiden zu lassen.

Noch gerade vor Abschluß dieses Artikels kam die Meldung von einem Übereinkommen, in dem zwischen Washington und Beijing in der Taiwanfrage nach zehnmonatigen Verhandlungen ein neuer Kompromiß erzielt wurde. In einem am 17. August von beiden Seiten gleichzeitig veröffentlichten gemeinsamen Kommuniqué, das, wie gesagt, in letzter Zeit als "zweites Shanghaier Kommuniqué" Schlagzeilen gemacht hat, sagt die US-Regierung zu, ihre Waffenlieferungen an Taiwan nicht auszuweiten, sondern nach und nach zu verringern. Von einem Zeitplan ist nicht die Rede. Doch verzichtet die amerikanische Regierung darin ausdrücklich auf eine langfristige Politik der Waffenlieferungen an Taiwan. Zu einem nicht festgelegten Zeitpunkt soll es nach dem Willen beider Regierungen zu einer "endgültigen Regelung" in der Angelegenheit kommen. Ferner wiederholt die US-Regierung nochmal in dem neuen gemeinsamen Kommuniqué die Anerkennung des Standpunkts von Beijing, daß die Regierung der VR China die einzig legale Regierung Chinas sei und es nur ein China gebe; Taiwan sei ein Teil

Chinas. Man erwartet nun, daß Reagan dem Kongreß bald seine Entscheidung über eine Verlängerung der Zusammenarbeit zwischen der US-Firma Northrop Corporation in Kalifornien und Taiwan zur Herstellung der Flugzeuge vom Typ F-5E mitteilen werde. In einer schriftlichen Stellungnahme des Präsidenten heißt es, die neue Vereinbarung verkörpere "ein für beide Seiten befriedigendes Mittel in der historischen Frage der amerikanischen Waffenverkäufe an Taiwan". Die Taiwanfrage müsse vom chinesischen Volk gelöst werden; die USA würden sich nicht einmischen. Aber solange diese Frage nicht gelöst ist, bleibt sie die Achillesferse in den sino-amerikanischen Beziehungen.

#### Anmerkungen:

- 1) XNA, 1.3.82.
- 2) XNA, 2.8.82.
- 3) Siehe dazu Yu-Hsi Nieh, "Quo vadis, Taiwan? - Zur Wende in der Chinapolitik Washingtons", C.a., Januar 1979, S.879 ff.
- 4) Siehe ebenda.
- 5) C.a., März 1979, S.188 f., Ü 47 und April 1979, S.477, Ü 56.
- 6) LH, 14.1.79.
- 7) ZYRB, 13.6.80.
- 8) Anm.3.
- 9) C.a., Juni 1980, S.479, Ü 67, und November 1980, S.953 f., Ü 69.
- 10) Siehe ausführlich dazu C.a., April 1981, S.233, Ü 4
- 11) IHT, 19.6.81; DGB, 17.6.81; C.a., Juni 1981, S.361 f., Ü 3.
- 12) ZYRB und LHB, 18.6.81.
- 13) IHT, 6.7.81.
- 14) Dazu siehe C.a., Juli 1981, S.425 f., Ü 42, und November 1981, S.723, Ü 44.
- 15) Siehe ausführlich dazu Yu-Hsi Nieh, "Washingtons Schattenboxen - Seine Politik der Waffenlieferung an Taiwan", C.a., Januar 1982, S.26 f.
- 16) Dazu siehe C.a., Juni 1980, S.479 f., Ü 68.
- 17) DGB, 10.6.81.
- 18) XNA, 19.6.81.
- 19) DGB, LHB und ZYRB, 23.10.81; zu dem Friedensangebot Ye Jianying an Taiwan siehe Yu-Hsi Nieh, "Uneinigkeit über eine Vereinigung - Beijings Friedensofferte und Taiwans Reaktion", C.a., Oktober 1981, S.677 ff.
- 20) FEER, 8. Januar 1982, S.12.
- 21) XNA, 13.1.82; DGB, 16.1.82.
- 22) XNA, 30.3.82; zum US-Beschluß über die neue Einwandererquote für Taiwan siehe DGB, 22.1.82.
- 23) Nach DGB, 26.3.82.
- 24) XNA, 14.4.82; RMRB, 1-15.4.82.
- 25) DGB, 11.5.82; LHB, 11.-12.5.82; FEER, 14.5.82; XNA, 8.5.82.
- 26) LHB und ZYRB, 12.-15.5.82.
- 27) ZYRB, 16.5.82.
- 28) ZYRB, 3.6.82; vgl. dazu die Zeitschrift der im Exil lebenden taiwanesischen Oppositionellen "Meilidao" (Formosa Weekly), Los Angeles, 12.6.82, S.1.
- 29) Siehe dazu C.a., Dezember 1979, S.1292, Ü 67 und Juni 1980, S.499 ff. (Yu-Hsi Nieh, Politischer Taifun in Taiwan - zum Ende der Liberalisierung).
- 30) ZYRB und LHB, 30.5.-5.6.82.
- 31) DGB, 30.5.-4.6.82.
- 32) LHB, 6.6.82.
- 33) Nach LHB, 8.6.82.
- 34) LHB, 17.-19.6.82.
- 35) ZYRB, 12.6.82.
- 36) LHB, 11.-12.6.82.
- 37) LHB, 2.7.82.
- 38) ZYRB, 23.7.82.
- 39) LHB, 27. und 30.6.82; ZYRB, 28.6.82.
- 40) ZYRB und LHB, 16.7.82.
- 41) Wang Jinghong, "Meiguo yu Zhonggong Tanpan Junshou de 'Xinmoshi'" ("Neues Modell" in der Verhandlung zwischen den USA und den chinesischen Kommunisten über den Waffenverkauf), LHB, 8.8.82.
- 42) ZYRB und LHB, 30.6.82.
- 43) LHB, 9.-10.7.82; IHT, 10.7.82.
- 44) ZYRB, 30.7.82.
- 45) ZYRB, 1.8.82.
- 46) RMRB, 18.7.82; zu dem Inhalt des Hearings vgl. ZYRB und LHB, 15.7.82.
- 47) Kurzer Kommentar unter dem Titel "Lishi de Daoche Kaibude" (Das Rad der Geschichte darf man nicht zurückdrehen), RMRB, 12.7.82.
- 48) "Commentary: Ill Wind of Diehards in the United States", XNA, 10.7.82.
- 49) Zhang Yebai, "Ping Ligen - zhengfu Duiwai - zhengche de Maodun" (Die Widersprüche in der Außenpolitik der Reagan-Regierung), RMRB, 31.7.82.
- 50) Zitiert nach DGB, 5.8.82.
- 51) Nach FEER, 2.4.82.
- 52) Nach TASS, 5.5.82.
- 53) Nach TASS, 21.5.82.
- 54) Siehe dazu Oskar Weggel, "Zwischen Status quo und 'schlichter Normalität': der schmale Spielraum für eine Verbesserung der sino-sowjetischen Beziehungen", C.a., Juni 1982, S.342 ff.
- 55) Siehe ausführlich dazu Heinrich Bechtholdt, "Chinas Revolutionsstrategie", München 1969, S.72 ff.
- 56) Zitiert nach NZZ, 11.5.82.
- 57) SZ und FR, 18.8.82.